



Österreichischer Gewerkschaftsbund

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

Bundessektion Finanz

1010 Wien, Teinfaltstraße 7, Tel. 63 96 61/288 DW

An das
Präsidium des Nationalrates
Parlament

Dr. Karl Renner-Ring 3
1010 Wien

34	GE 9 86
Datum: 23. JULI 1986	
Verf. 25. JULI 1986	Yape

Unser Zeichen – bitte anführen

Zl: 254/86/Pe/Te

Ihr Zeichen

-

Wien,

22. Juli 1986

A. Wassermann

Sehr geehrter Herr Präsident!

Die Bundessektion Finanz erlaubt sich eine Stellungnahme zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Zolllarif (Zolllarifgesetz 1988) in zehnfacher Ausfertigung zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung

f.d.

W. Pertmayr
Vorsitzender

10 Beilagen!

STELLUNGNAHME

=====

zum Entwurf eines Bundesgesetzes über den Zol-
tarif (Zolltarifgesetz 1988) im Rahmen des all-
gemeinen Begutachtungsverfahrens

Die Bundessektion Finanz in der Gewerk-
schaft Öffentlicher Dienst begrüßt an sich fachbezogen die Einführung
des Harmonisierten Tarifes im Interesse der Österreichischen Wirtschaft
(Import/Export) und der damit verbundenen Einbindung Österreichs in den
internationalen Warenverkehr.

Der vorgesehene Gesetzesentwurf wird jedoch abgelehnt, weil
vom Bundesministerium für Finanzen wieder einmal kein Personal- und
Organisationskonzept vorliegt, das die für die Vollziehung des Gesetzes
notwendigen Vorkehrungen, Maßnahmen und Schritte in personeller- und
organisatorischer Hinsicht darlegt und vorsieht.

Die Ablehnung wird wie folgt begründet:

1. Die Erläuterungen zum gegenständlichen Entwurf sagen nichts aus
 - a) über eine frühzeitige Personalbewirtschaftung (Neuaufnahmen)
und eine zusätzliche Personalvorsorge (rechtzeitiger Ersatz für die
erwartete Pensionswelle);
 - b) über eine rechtzeitige und ausreichende Einschulung der Belegschaft;
 - c) über eine zweckentsprechende, zeitnahe Versorgung und Zuteilung von
notwendigen Arbeitsunterlagen wie Gebrauchszolltarif etc. an die
Belegschaft;
 - d) über EDV-Pläne (neue Systeme, mehr Geräte, mehr Personal) zur
Bewältigung aller zusätzlichen Eingabedaten.
2. Die Erläuterungen betreffend Feststellungen zu den Kosten sind unrealistisch
und unrichtig,
 - a) weil der Arbeitsaufwand der Zollverwaltung durch die Einführung des
Harmonisierten Systems um weit mehr als 10 % steigen wird;

Stellungnahme, Blatt 2

- b) weil eine Kompensierung des entstehenden Mehraufwandes an Personal durch organisatorische Maßnahmen nicht möglich sein wird, da eine weitere Mehrbelastung dem Personal nicht mehr zumutbar ist;
- c) weil eine Neueinstellung von 50 Bediensteten nicht ausreichen wird und damit auch die angenommenen Personalkosten weit über 10 Mio.S liegen werden.

Infolge der zu erwartenden Mehrbelastung des Personals sowohl für den Abfertigungs- als auch für den gesamten Referatsdienst in quantitativer und qualitativer Hinsicht erscheint die Neuaufnahme von weit mehr als 50 Bedienstete des Gehobenen Zolldienstes (B₂) unbedingt erforderlich.

Mit aller Entschiedenheit wird in diesem Zusammenhang die Neuaufnahme von Zollwachbediensteten - womöglich im Rahmen einer österreichweiten Exekutivaufstockung auf Grund einer in diesem Fall irregeleiteten und politisch mißverstandenen Befriedigung des sogenannten Sicherheitsbedürfnisses der Bevölkerung - abgelehnt, da sämtliche zusätzlich zu erwartenden Aufgabenstellungen bei der Einführung des Harmonisierten Systems weder eine Uniformierung noch eine Bewaffnung erfordern. Die neuen Aufgaben sind Verwaltungs- und keine Exekutiv(Zollwach)agenden! Der Einsatz der Zollwache würde auch den Haushalt (Personalkosten) zusätzlich mehr belasten, was auch dem Prinzip der Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung widersprechen würde.